

**Der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges.**

Rußland hat der Türkei den Krieg erklärt, das ist die wichtige Kunde, welche im Augenblick ganz Europa bewegt. Der Kaiser Alexander hat vom Hauptquartier Kischeneff am 24. (dem russischen 12.) April folgenden Aufruf an sein Volk erlassen:

»Unsere treuen Unterthanen kennen das lebhafteste Interesse, welches Wir beständig den Geschicken der von der Türkei unterdrückten christlichen Bevölkerung gewidmet haben. Unser Wunsch, das Loos derselben zu verbessern und zu gewährleisten, wird von der ganzen russischen Nation getheilt, welche sich nunmehr bereit zeigt, neue Opfer zu bringen, um die Lage der Christen in der Balkan-Halbinsel zu erleichtern. Gut und Blut Unserer treuen Unterthanen ist Uns immer theuer gewesen. Unsere ganze Regierung bezeugt die beständige Sorgfalt, Rußland die Wohlthaten des Friedens zu erhalten. Diese Sorgfalt hat Uns unaufhörlich seit Beginn der traurigen Ereignisse in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien besetzt.

Wir hatten Uns vor Allem das Ziel gesteckt, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und im Einvernehmen mit den europäischen Großmächten, Unsern Allirten und Freunden, zu einer Verbesserung der Lage der Christen im Orient zu gelangen. Zwei Jahre hindurch haben wir unaufhörlich Anstrengungen gemacht, um die Pforte zu Reformen zu veranlassen, welche die Christen in Bulgarien, Bosnien und der Herzegowina sicher stellen konnten vor der Willkür der Lokalbehörden. Die Ausführung dieser Reformen ging in absoluter Weise aus den früheren Verpflichtungen hervor, welche die Pforte feierlich dem gesammten Europa gegenüber eingegangen war.

Unsere Bemühungen, obwohl unterstützt durch diplomatische Vorstellungen, welche in Gemeinsamkeit mit anderen Mächten gemacht wurden, haben indessen das gewünschte Ziel nicht erreicht. Die Pforte ist unerschütterlich geblieben in der kategorischen Zurückweisung jedweder Garantie für die Sicherheit der Christen: sie hat die Beschlüsse der Konferenz von Konstantinopel abgelehnt, welche von dem Wunsch geleitet war, alle möglichen Mittel der Versöhnung anzuwenden, um die Pforte zu überzeugen. Wir haben den andern Kabinetten vorgeschlagen, ein Spezial-Protokoll abzufassen, welches die wesentlichen Bedingungen der Konferenz von Konstantinopel in sich begreift, und die Pforte aufzufordern, sich diesem internationalen Akte anzuschließen, welcher die äußersten Grenzen Unserer friedlichen Forderungen bezeichnete. Unsere Erwartung indessen hat sich nicht erfüllt. Die Pforte hat dem einstimmigen Wunsch des christlichen Europas nicht nachgegeben, sie hat den Beschlüssen des Protokolls sich nicht angeschlossen.

Nachdem Wir so alle friedlichen Bemühungen erschöpft haben, sind Wir durch die hochmüthige Halsstarrigkeit der Pforte genöthigt, zu entscheidenden Akten überzugehen. Das Gefühl der Billigkeit, das Gefühl Unserer eigenen Würde legt Uns dies gebieterisch auf. Durch ihre Ablehnung hat Uns die Pforte in die Nothwendigkeit versetzt, zur Waffengewalt Unsere Zuflucht zu nehmen. Auf das Tiefste überzeugt von der Gerechtigkeit Unserer Sache und indem Wir in Demuth Uns der göttlichen Gnade und Hilfe anvertrauen, lassen Wir Unsere treuen Unterthanen hierdurch wissen, daß der Augenblick, welchen Wir voraussehen, als Wir jene Worte sprachen, auf welche ganz Rußland mit so großer Einmüthigkeit antwortete — daß dieser Augenblick gekommen ist. Wir hatten die Absicht ausgesprochen, selbstständig zu handeln, sobald Wir es für nothwendig halten sollten und die Ehre Rußlands es erfordern würde. Indem Wir heute den Segen Gottes auf Unsere tapferen Armeen herabflehen, ertheilen Wir ihnen den Befehl, die Grenze der Türkei zu überschreiten.»

Die Entschliebung Rußlands zum Kriege ist durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakoff den anderen Großmächten durch ein Rundschreiben folgenden wesentlichen Inhalts mitgetheilt worden:

»Das Kaiserliche Kabinet hat seit dem Beginn der orientalischen

Krise alle Mittel, die in seiner Macht standen, erschöpft, um unter Mitwirkung der Großmächte eine dauerhafte Pacifikation der Türkei herbeizuführen. Alle in Folge des zwischen den Kabinetten der Mächte hergestellten Einverständnisses der Pforte nach und nach gemachten Vorschläge sind jedoch auf unüberwindlichen Widerstand der Pforte gestoßen. Das am 19. (31.) März d. J. in London unterzeichnete Protokoll war der letzte Ausdruck des Gesamtwillens Europas. Das Kaiserliche Kabinet hatte dazu, als zu einem letzten Versöhnungsversuche, die Hand geboten, dasselbe hatte durch eine dem Protokoll beigegebene Deklaration von demselben Tage die Bedingungen bezeichnet, welche, wenn sie loyal und aufrichtig von der türkischen Regierung angenommen und ausgeführt wurden, geeignet waren, die Wiederherstellung und Befestigung des Friedens herbeizuführen. Die Pforte hat mit einer abermaligen Ablehnung darauf geantwortet.

Dieser Fall war von dem Londoner Protokoll nicht ins Auge gefaßt worden. Europa hatte den Fall vorausgesehen, daß die Pforte die Versprechungen nicht erfüllen würde, welche sie machen würde, aber nicht den Fall, daß die Pforte die Forderungen Europa's zurückweisen würde.

Die Ablehnung der Pforte und die Motive, welche ihr zu Grunde liegen, lassen keine Hoffnung, daß die Pforte den Wünschen und Rathschlägen Europa's entgegenkommen werde, und schließen auch jede Bürgschaft dafür aus, daß die für die Verbesserung des Looses der christlichen Bevölkerung ins Auge gefaßten Reformen zur Ausführung gelangen. Sie machen auch den Frieden mit Montenegro und die Ausführung der Bedingungen unmöglich, unter denen die Abrüstung und Pacifikation herbeigeführt werden könnte. Unter diesen Umständen ist jedes Gelingen eines Ausgleichsversuches ausgeschlossen, und es bleibt nur einer der beiden Wege, entweder den Zustand der Dinge fortbauern zu lassen, welchen die Mächte als mit ihren Interessen und denen Europa's für unverträglich erklärt haben, oder zu versuchen, durch Zwangsmittel das zu erreichen, was von der Pforte auf dem Wege der Verständigung zu erlangen den einmüthigen Anstrengungen der Mächte nicht gelungen ist.

Mein erhabener Herr hat beschlossen, das zu unternehmen, wozu Se. Majestät die Großmächte aufgefordert hatte, in Gemeinschaft mit ihm thätig zu sein. Se. Majestät hat seinen Armeen Befehl gegeben, die Grenzen der Türkei zu überschreiten. Indem mein erhabener Herr diesen Schritt thut, erfüllt er eine Pflicht, welche ihm durch die Interessen Rußlands auferlegt ist, dessen friedliche Entwicklung durch die beständigen Wirren im Orient gehemmt wird. Se. Majestät hat die Ueberzeugung, zu gleicher Zeit den Anschauungen Europas zu entsprechen.»

Gleichzeitig mit diesen Kundgebungen sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei abgebrochen worden.

Die Pforte hat, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, in Erwiderung auf das russische Manifest ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet, welches darauf hinweist, daß die Türkei sich Rußland gegenüber jeder Herausforderung enthalten habe und die Anstrengungen hervorhebt, die sie gemacht habe, um das Loos der christlichen Bevölkerung zu verbessern und den Wünschen der Mächte entgegenzukommen. Da sie den Angriff Rußlands nicht begreifen könne, müsse sie sich auf den Pariser Vertrag berufen und die Aufforderung zur Vermittelung an die Garantiemächte richten.

Diese Kundgebung steht im offenkundigen Widerspruche mit dem Rundschreiben der türkischen Regierung vom 9. d. M., durch welches der letzte gemeinsame Vermittelungsversuch der Mächte als ein Angriff auf die Würde der Pforte entschieden zurückgewiesen und jede Möglichkeit weiterer Vermittelung abgeschnitten worden ist.

Auf Grund einer für den Kriegsfall unter den Kabinetten von Berlin und St. Petersburg getroffenen Abmachung ist nunmehr die Vertretung für die Interessen der russischen Unterthanen in der Türkei an die Kaiserlich deutsche Botschaft in Konstantinopel und die deutschen Konsulate in der Türkei übergegangen. Die deutsche Regierung hat sich, wie der Reichs- und Staats-Anzeiger bemerkt, bereitwilligst dieser Aufgabe unterzogen und damit gern dem zwischen Rußland und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse einen neuen Ausdruck gegeben.

Die deutsche Regierung hat Behufs wirksamer Wahr-

nehmung der deutschen und der ihr anvertrauten Interessen im türkischen Reiche, sowie ihrer ferneren politischen Aufgaben unter den jetzigen schwierigen und bedeutsamen Verhältnissen die Entsendung eines außerordentlichen Botschafters nach Konstantinopel in Aussicht genommen.

Das russische Kriegsmanifest ist am Dienstag (24.) in Kischeneff in Gegenwart des Kaisers und des Großfürsten-Thronfolgers der Armee feierlich verkündet worden, worauf die Ceremonie der Segnung des Oberkommandirenden Großfürsten Nicolaus (zweiten Bruders des Kaisers) vor dem Eintritt der Armee ins Feld durch den Bischof stattfand. In demselben Tage noch hat die russische Armee den Grenzfluß Pruth überschritten, um zunächst durch Rumänien an die Donau zu rücken.

Bei dem Einmarsch in Rumänien hat der Oberkommandirende einen Aufruf erlassen, in welchem er verkündet, daß die Russen als Freunde der Rumänier kommen und auf ihre Unterstützung für die Armee rechnen, welche zu dem einzigen Zwecke durch das Land ziehe, um den unglücklichen Christen in der Türkei, deren schweres Geschick das Mitleid Russlands und ganz Europa's erweckt habe, zu helfen.

Der Fürst von Rumänien hat der Aufforderung der Pforte, sich dem Durchmarsch der Russen durch sein Land zu widersetzen, keine Folge gegeben, sondern sich auf eine einfache Verwahrung beschränkt.

### Das französische und das deutsche Heer.

Rede des

Abgeordneten Feldmarschalls Grafen von Moltke bei der Erörterung über die Mehrbewilligung einer dreizehnten Hauptmannsstelle in jedem Infanterie-Regiment.

In der Reichstags-Sitzung vom 24. April.

Die in Rede stehende Maßregel wird zum Theil beanstandet, wohl nicht, weil man sie nicht für zweckmäßig und gut ansieht, sondern weil sie allerdings eine neue Steigerung des Militärbudgets in sich schließt. Es ist schon gesagt worden, daß es prinzipiell unzulässig sei, Offizierstellen im Frieden zu bewilligen für Offiziere, die erst im Kriege nothwendig werden. Darauf ist einfach zu erwidern, daß alle Offizierstellen im Frieden nur bestehen, weil die Offiziere im Kriege nothwendig sind. Wir sind hier hingewiesen worden auf den sehr viel schwächeren Friedens-Etat der französischen Bataillone: aber man hat es unterlassen, zugleich hinzuweisen auf die sehr viel größere Zahl dieser schwachen Bataillone. Die Summe dieser Bataillone mit den zugehörigen anderen Waffen beträgt im Frieden 487,000 Mann, während Deutschland bei einer um mehrere Millionen größeren Bevölkerung doch nur wenig über 400,000 Mann unterhält. Schwache Bataillone sind an sich durchaus militärisch nichts Wünschenswerthes. Ich glaube, daß nirgends mehr als in Frankreich selbst die einsichtigeren Militärs Bedenken tragen, ob mit Compagnien von 50, von 40 Mann neben dem unvermeidlichen Garnisonsdienste auch noch eine wirkliche Ausbildung der Truppen in allen Dienstfächern möglich sei. Aber freilich, wenn man mit 1092 Bataillonen ins Feld rücken will und davon 641 im Frieden unterhält, so kann man sie nicht so sehr stark machen, wenn die Kosten nicht ins Unersehliche übergehen sollen.

Das französische Militär-Budget übersteigt mit seinen schwachen Bataillonen das deutsche mit starken Bataillonen um mehr als 150 Millionen jährlich, abgesehen von bedeutenden Nachforderungen und einem ungeheueren Extraordinarium. Ob eine Nation, selbst eine so reiche wie die französische, eine solche Last für alle Zukunft auf sich nehmen will, oder ob es nur geschieht für einen bestimmt vorhergesehenen Zweck und nur zu einem nicht zu ferne gesteckten Ziele, das mag dahin gestellt bleiben.

Es ist uns dann noch bei der ersten Berathung gesagt worden, daß eine absolute Regierung unter den bestehenden politischen Verhältnissen wahrscheinlich die Armee eher reduzieren als vermehren würde. Meine Herren, ich theile die Hoffnung und den Wunsch nach dauerndem Frieden; aber die Zuversicht theile ich nicht. Glücklicherweise werden die Zeiten sein, wo die Staaten nicht mehr in der Lage sein werden, den größten Theil aller ihrer Einnahmen bloß auf die Sicherheit ihrer Existenz zu verwenden, sondern auch die Völker und die Parteien sich überzeugt haben werden, daß selbst ein glücklicher Feldzug mehr kostet als er einbringt; denn materielle Güter mit Menschenleben zu erkaufen, kann kein Gewinn sein. Aber, meine Herren, was diesem Fortschritt der ganzen Menschheit entgegensteht, das ist das gegenseitige Mißtrauen, und in diesem Mißtrauen liegt eine stete und große Gefahr. Ich meine, die Stärke Deutschlands besteht in der Homogenität (Gleichartigkeit) seiner Bewohner. Wir haben ja auch an unseren Grenzen Reichsangehörige, die nicht deutscher Nationalität sind. Das ist ein geschichtliches Ergebnis von hundertjährigen Kämpfen, von Feldzügen und Friedensschlüssen, Siegen und Niederlagen. Denn die Grenzen eines großen Staates lassen sich nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen konstruieren. Nun, diese nichtdeutschen Staatsangehörigen haben ja neben den deutschen mit gleicher Tapferkeit gekämpft; aber daß nicht alle ihre Interessen mit den unsrigen zusammenfallen, davon haben wir ja in diesem Hause mehr hören müssen, als uns lieb sein kann.

Wie sollten wir nun so thöricht sein, durch Gebiets-erweiterungen uns zu schwächen. Ich meine, die Friedensbedeutung Deutschlands liegt so auf der offenen Hand, ist so in der Nothwendigkeit begründet, daß nachgrade die ganze Welt davon überzeugt sein müßte. Nichtsdestoweniger aber können wir nicht verkennen, daß namentlich bei unsern westlichen Nachbarn ein starkes Mißtrauen gegen uns vorwaltet. Wenn Sie die französischen Blätter lesen, selbst die tonangebenden, so finden Sie doch darin, gelinde ausgesprochen, eine große Abneigung gegen uns. Ich will nicht von Hohn, Spott oder Geringschätzung sprechen, die sich darin kundgeben; denn dafür liegt kein vernünftiger Grund vor. Was aber die französische Presse nicht ausspricht und was die Wahrheit ist, das ist die Besorgniß, daß, nachdem Frankreich so oft und so wiederholt über das schwache Deutschland hergefallen ist, nunmehr das starke Deutschland auch ohne Grund und Anlaß einmal über Frankreich herfallen werde. Daraus erklären sich viele Thatsachen, daraus erklärt sich die Riesearbeit, die Frankreich gethan hat, indem es in einer kurzen Reihe von Jahren mit großer Sachkenntniß und größter Energie seine Armee-Organisation durchgeführt hat; daraus erklärt sich, daß seit dem letzten Friedensschlusse ein unverhältnißmäßig großer Theil der französischen Armee zwischen Paris und unserer Grenze steht, namentlich Kavallerie und Artillerie, in einem möglichst gut vorbereiteten Stande, ein Verhältniß, was nach meiner Auffassung früher oder später nothwendig einmal eine Ausgleichsmaßregel von unserer Seite herbeiführen muß.

Es ist dann doch auch ein beachtenswerther Umstand, daß in Frankreich, wo die Parteien, die sich ja in jedem Lande finden, wohl noch schärfer einander gegenübersetzen als bei uns, daß, sage ich, alle diese Parteien vollkommen einig sind in einem Punkte, einig darin, Alles zu bewilligen, was für die Armee gefordert wird, während wir hier mühsam jede kleine Statsposition retten müssen. In Frankreich ist die Armee der Stolz der Nation, ihr Stolz und ihre Hoffnung; man hat in Frankreich der Armee ihre Niederlagen längst verziehen. Ich will nicht sagen, daß man bei uns die Siege der Armee vergessen hat, aber man sollte doch nicht so kärglich in Bewilligung derjenigen Mittel sein, die dazu nöthig sind, daß die Armee sich unter jetzt schwierigeren Verhältnissen fortentwickelt. Es scheint ja, daß unsere Nachbarn bei einem künftigen Kriege den Erfolg in den Massen sehen, in einer überwältigenden Anzahl, und das ist gewiß ein Moment, welches schwer ins Gewicht fällt. Wir verlassen uns mehr auf eine sorgfältige Ausbildung unserer Truppen und auf ihre innere Tüchtigkeit. Die Franzosen sind uns ganz entschieden überlegen in einem Punkte, darin, daß sie für alle ihre zahlreichen Formationen für den Krieg bereits im Frieden die Cadres besitzen. Es wird Ihnen nun hier eine Maßregel vorgeschlagen, die — freilich nur in geringerem Grade — diesen Mangel bei uns bessern soll. Man hat uns gesagt, daß durch die Schaffung der dreizehnten Hauptleute die Zahl der Armee doch gar nicht vermehrt wird. Das ist vollkommen richtig. Allein, meine Herren, es bringt eine Anzahl Offiziere in diejenige Stellung früher hinein, welche sie im Kriege ausfüllen sollen. Es ist doch ganz natürlich, daß Jemand, der plötzlich unter den allerschwierigsten Verhältnissen, vielleicht abgerufen aus einem ganz anderen Lebensberufe, an die Spitze einer Truppe gestellt wird, im ersten Augenblicke mit einiger Befangenheit auftritt, und das verbreitet unausbleiblich von oben durch alle Reihen nach unten Unsicherheit im Befehlen, erzeugt Unzuverlässigkeit im Gehorchen. Es wird nun durch die dreizehnten Hauptleute möglich sein, ältere Offiziere schon in solche Stellen hineinzubringen, bei denen es nothwendig ist, daß der Betreffende sich in dieselben vorher hineinleben kann. Sie brauchen wirklich nicht zu besorgen, daß die dreizehn Hauptleute spazieren gehen werden. Es giebt vollauf zu thun. Ich meine, daß namentlich diejenigen Herren, welche an den Kommissionsberatungen theilgenommen haben, sich überzeugt haben werden, daß wir in der That eine sparsame Militär-Verwaltung haben, die wirklich nur fordert, was dringend wünschenswerth ist. Ich empfehle Ihnen die Annahme.

### Die Ausgleichungsabgaben und die allgemeine Zollpolitik.

Aus der Rede des preussischen Handels-Ministers Dr. Achenbach

in der Sitzung des Reichstages vom 21. April.

— Es ist noch in Erinnerung, daß im Dezember v. J. die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf über die Erhebung von Ausgleichungsabgaben (für Eisenwaaren) eingebracht haben und daß dieser Entwurf nicht zur Erledigung gekommen ist. Seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen wurde, als dieser Gesetzentwurf hier im hohen Hause zur Diskussion stand, ausdrücklich ausgesprochen, daß keineswegs in diesem Vorgehen eine Umkehr in unserer Zollpolitik zu finden sei, im Gegentheil ständen die verbündeten Regierungen vor wie nach auf ihrem früheren Stand-

punkt einer gemäßigten liberalen Zollpolitik, gedäch- ten dieselbe fortzusetzen und glaubten in ihrem gegenwärtigen Vorgehen einen Hauptstützpunkt für dasjenige, was sie zu erreichen streben, erblicken zu dürfen.

Meine Herren, die gegenwärtige Vorlage, welche wir Ihrer Beschlussfassung unterbreitet haben, beruht auf denselben Gesichtspunkten; auch jetzt sind die verbündeten Regierungen von der Auffassung ausgegangen, daß sie der Annahme eines derartigen Gesetzes geradezu bedürfen, um begründeten Beschwerden unserer Industrie abzuwehren und andererseits darin eine Stütze zu gewinnen, diejenige Zollpolitik, welche bisher maßgebend gewesen ist, auch in Zukunft mit Sicherheit fortsetzen zu können.

Der gegenwärtige Entwurf unterscheidet sich von dem früheren darin, daß im vorigen Jahre die Regierung durch Gesetz ermächtigt werden sollte, Ausgleichungsabgaben im Wege kaiserlicher Verordnung einzuführen. Damals ist sowohl bei der Debatte des Plenums, wie in den stattgehabten Kommissionsberatungen hervorgehoben worden, daß hier ein Punkt vorliege, der sich mit konstitutionellen Prinzipien nicht vertrage; es sei unzulässig, die Einführung der Ausgleichungsabgaben in irgend einer Art von einer Verwaltungsmaßregel abhängig zu machen, und gehe sie auch von der obersten Stelle im Staat und im Reiche aus. Dieses Bedenken trifft gegenüber der gegenwärtigen Vorlage nicht mehr zu, indem dasjenige, was wir zu thun beabsichtigen, sogleich durch das vorliegende Gesetz vollständig geregelt ist. Ein konstitutionelles Bedenken dieser Art wird also nicht mehr vorliegen.

Der bedeutendste Einwand, der bereits im vorigen Jahre erhoben ist, und auch heute wieder erhoben wird, ist nun der, daß es sich um eine Maßregel handle, die einen viel zu großartigen Charakter gegenüber den angeblich kleinen Nachtheilen habe, die durch die Einrichtungen eines anderen Landes unserer Eisenindustrie zugefügt werden. Der Einfluß, der durch die Ausfuhrprämie, welche Frankreich gewährt, auf unsere Verhältnisse geübt werde, sei zu gering, um mit einer derartigen Maßregel vorzugehen. Ich bin, abgesehen davon, daß diese Angelegenheit doch auch eine nationale und politische Bedeutung besitzt, abgesehen davon, daß es sich für eine große Nation ziemt, wenn alle ihre Bestrebungen gegenüber dem Unrecht, was ihr zugefügt wird, keinen Erfolg haben, schließlich mit selbstständigen Maßregeln hervorzutreten, abgesehen hiervon, bin ich, was den angeblich geringen Einfluß jener Einrichtungen auf unsere Verhältnisse anbelangt, nicht der Ansicht derjenigen, welche diesen Einwand erheben. Ich habe bereits im vorigen Jahre gesagt, daß, wenn auch von den ungefähr 3,000,000 Centner Ausfuhr, welche über die französische Grenze geht, ein verhältnismäßig nicht sehr großer Theil nach Deutschland gelangt, dennoch eine Beeinflussung auf dem Gesamtmarkt stattfindet, durch welche unsere Industrie erheblich leidet.

Ich sehe in dieser Maßregel einen Schritt der ausgleichenden Gerechtigkeit. Wir wollen durch die Abgabe eine Unbill ausgleichen.

Andererseits stehen wir bei der gegenwärtigen großen Krisis in Verhältnissen, bei welchen oft ein Tropfen genügt, um das Ueberlaufen zu erzielen. Es sieht fest — darüber kann kein Zweifel sein — daß die inländische Eisenproduktion in dem vorigen Jahre abgenommen hat. In den früheren Diskussionen konnte man anführen, daß die Eisenproduktion sich wenigstens bei vielen wichtigen Artikeln im Wesentlichen auf demjenigen Standpunkte gehalten habe, der in den Vorjahren vorhanden war. Jetzt ist eine nicht unerhebliche Abnahme eingetreten, und wenn von mancher Seite, wie ich dies so eben aus dem Hause zu hören glaubte, gesagt wird, »sehr gut, daß die Abnahme eintritt«, so bin ich der Letzte, der verkennet, daß vielleicht eine Reduktion auf vielen Gebieten zur Gesundung führen kann. Es ist nur eigenthümlich, wie dieser Rückgang der inländischen Industrie im Ganzen bewirkt ist. Es läßt sich nämlich nicht leugnen, daß auf denselben die steigende Konkurrenz des Auslandes einen Einfluß ausübt, und ich glaube, wenn diese Thatsache vorliegt, so ist es Pflicht und Schuldigkeit der verbündeten Regierungen und des Reichstages, mindestens da einzugreifen, wo uns vom Auslande Unrecht geschieht.

Wir dürfen die französischen Ausfuhrprämien nicht gering schätzen und nicht sagen, es handle sich um kleine Dinge. Wenn wir in einer glücklicheren Situation wären, würden wir vielleicht in der Lage sein, über das Eine oder Andere hinwegsehen zu können; wenn man sich aber in einer Zeit großer Kalamitäten befindet und dabei die Regierungen und der Reichstag den gemeinschaftlichen Willen haben, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten, so sollte ich meinen, es wäre gerade Sache derjenigen, die diesen Standpunkt vertreten, nun auch mit Eifer, Muth und Energie solchen Einrichtungen entgegenzutreten, die uns ein Unrecht zufügen und uns schädigen. — Wollen Sie, daß die verbündeten Regierungen fest auf dem bisherigen Wege weiter beharren können, so räumen Sie die Beschwerden weg, welche unsere Industrie mit Recht erhebt. — — —

Die weiteren Erklärungen der Regierung, namentlich die wichtigen Aeußerungen des Herrn Finanz-Ministers Camphausen, müssen, ebenso wie das Nähere über den Gang der Verhandlungen, wegen der Fülle sonstigen Stoffes für heute zurückgestellt werden.

## Aus den Reichstags-Verhandlungen.

Der Reichstag hat am vorigen Mittwoch (18.) zunächst die erste Berathung über die verschiedenen Anträge auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung zu Ende geführt und dieselben einer Kommission zur weiteren Erörterung überwiesen.

Ein Abgeordneter aus Nord-Schleswig hatte den Antrag erneuert, daß das im Art. V. des Prager Friedens angeblich »den nördlichen Bezirken Schlesiens gewährte Recht der freien Abstammung über die staatliche Angehörigkeit baldigst verwirklicht werde.« Der Antragsteller glaubte Preußen auf das Dringendste vor den Folgen »warnen« zu müssen, welche es haben würde, sich völkerrechtlich eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen.

Der Staatsminister von Bülow erklärte, die Stellung der Regierung zu der Frage sei gerade dieselbe, die vor 10 Jahren von dem Reichskanzler eingenommen wurde: es handle sich um einen Vertrag, aus dem aber irgend ein Schleswiger Rechte herzuleiten nicht berechtigt sei. Es liege ein Vertrag zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und dem Kaiser von Oesterreich vor, ein Vertrag, über dessen Ausführung, über dessen Anwendung, über dessen Verhältniß zu den Interessen, zu den politischen und militärischen Rücksichten, zur Opportunität nur Sr. Majestät der König von Preußen zu entscheiden und sich mit Oesterreich auseinanderzusetzen habe. So sei das Verhältniß einfach geblieben, und die Erfahrung dieser 10 Jahre habe die Reichsregierung in keiner Weise bewegen können, von dieser Auffassung und ihrer Ansicht, wie diese Frage zu behandeln sei, zurückzutreten. Indem somit das Recht der Schleswiger als solches seitens der Reichsregierung nicht anzuerkennen sei, müsse darauf hingewiesen werden, daß, wenn die Warnungen, die der Antragsteller ausgesprochen, gegenüber der Reichsregierung oder nach anderen Seiten den Charakter von Drohungen annähmen, die Wirkung und der Effekt, die er zu erwarten scheine, ganz entgegengesetzt sein würden.

Der Antrag wurde mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Die Frage des **Zeugenzwanges**, welche durch den Fall des Redakteurs Kantecki angeregt war, kam in der Gestalt eines ausdrücklichen Gesetzesvorschlags, nach welchem die Bestimmungen der künftigen Strafprozessordnung schon jetzt Geltung erhalten sollen, von Neuem zur Berathung.

Der General-Postmeister Dr. Stephan theilte vorweg mit, daß der Redakteur Kantecki am Tage vorher aus der Haft entlassen worden sei, nachdem der Postbeamte, welchen er zu nennen sich geweigert hatte, anderweitig ermittelt sei. Wiewohl bei diesem vollständig veränderten Sachverhältniß die Voraussetzungen, von denen der Gesetzesvorschlag ausgegangen waren, beseitigt war, so hielten doch die Antragsteller denselben aufrecht, um der Erneuerung solcher Fälle vorzubeugen.

Der Staatssekretär im Reichs-Justizamt Dr. Friedberg machte dagegen geltend, daß es nicht angemessen sei, aus einem großen organisch-gegliederten Gesetze wie die Strafprozessordnung wenige Bestimmungen herausgreifen und früher als jenes Gesetz einzuführen.

Aus Gründen einer gesunden Gesetzgebungspolitik mahnte der Vertreter der Bundesregierungen von einem solchen Vorgehen ab.

Der Reichstag beschloß jedoch nach weiterer Erörterung, demnächst in die zweite Lesung des Gesetzesvorschlags einzutreten.

Der **Freundschaftsvertrag mit Tonga** gab (am 20.) zu interessanten Mittheilungen der Vertreter des Auswärtigen Amtes Veranlassung.

Der Staatsminister von Bülow sagte u. A.:

Ohne auf die Geschichte der Inseln weiter einzugehen, will ich doch bemerken, daß, wenn die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes dieser Frage lange und eingehend zugewendet worden ist, es sich dabei um eine Schöpfung deutscher Thätigkeit, deutschen Fleißes und deutschen Unternehmungsgeistes, um Unterstützung weitläufiger und schöner Pläne handelt, wie sie, ich glaube nicht seit der Zeit gewesen sind, wo das große Haus Fugger von Augsburg aus Deutschland Kolonien zu erwerben mußte in Central-Amerika zur Zeit der ersten spanischen Eroberer. — Wir haben nur das gethan, was wir der deutschen Unternehmung und was wir der deutschen Handelsflagge schuldig waren, nämlich daß wir, wo diese sich gezeigt (und das Haus dort in Samoa hat ungefähr 20 Dampfschiffe unter deutscher Flagge), diese Flagge dort zu schützen suchten, daß wir mit den Eingeborenen, die kulturfähig und zum Theil schon zum Christenthum bekehrt sind, — wie und von wem kann uns einerlei sein — ein gutes Verhältniß unterhalten und diejenigen unterstützen, welche Fleiß, Kultur, gute Sitte dort hingebbracht haben und sich zur Hauptaufgabe ein gutes Einvernehmen mit den Eingeborenen gestellt haben.

Der Gesetzesentwurf wegen Erhebung einer **Ausgleichungsabgabe** bei der Einfuhr von Eisen- und Stahlwaaren in das deutsche Zollgebiet wurde am Sonnabend (21.) und Montag (23.) in erster Lesung beraten. Die preussischen Staatsminister Dr. Achenbach und Camphausen, sowie der Präsident des Reichskanzler-Amtes nahmen wiederholt Gelegenheit, den Standpunkt der verbündeten Regierungen mit Bezug auf die Vorlage näher darzulegen. Sie betonten, daß es sich keineswegs um eine Umkehr unserer Zollpolitik zum Schutzoll handle, sondern nur um die Abhülfe begründeter Beschwerden unserer Industrie wegen tatsächlicher Benachtheiligung

durch das Ausland, — um einen Schritt ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber offenerer Unbill. Nachdem die deutsche Regierung wegen der von Frankreich geübten Praxis wiederholt Vorstellungen erhoben habe, eine Abhilfe aber nicht erfolgt sei, dürfe man der Fortsetzung des Unrechts nicht mit untergeschlagenen Armen zusehen, sondern man müsse selbstständig Mittel ergreifen, wie die Ausgleichungsabgaben, um die in Rede stehende Beeinträchtigung unserer Industrie soviel als möglich abzuwenden.

Die lebhaften und in vieler Beziehung bedeutsamen Verhandlungen führten zu dem Beschluß, die Vorlage demnächst im Reichstage selbst zur zweiten eingehenden Berathung zu bringen.

Bei der weiteren Berathung des **Reichshaushalts-Stats** führte am Dienstag (24.) vornehmlich die Mehrforderung einer dreizehnten Hauptmannsstelle in jedem Regiment zu eingehenden Erörterungen. Die von der Budgetkommission befürwortete Forderung wurde seitens der ultramontanen und der Fortschrittspartei bestritten, dagegen vom Feldmarschall Graf Moltke unter Hinweis auf die bei Weitem größeren Aufwendungen Frankreichs für sein Heer und die fortwährend gesteigerte Kriegsbereitschaft desselben als dringend wünschenswerth bezeichnet, und schließlich vom Reichstage mit erheblicher Mehrheit bewilligt.

Die zweite Berathung des Stats und des Statsgesetzes wurde am Dienstag in einer Abend Sitzung, ebenso wie die Berathung über eine Anleihe für Zwecke der Marine-Verwaltung und der Post- und Telegraphen-Verwaltung zu Ende geführt.

Die dritte Berathung des Stats soll am Donnerstag (26.) stattfinden, und dürfte, wenn nicht an diesem Tage, doch spätestens am Freitag (27.) zu Ende geführt werden, — so daß die Feststellung und Verkündigung des Reichshaushalts-Stats vor dem Schluß des Monats April, bis wohin die vorläufige Bewilligung reicht, erfolgt sein wird.

Durch die beschlossenen Herabminderungen im Etat, durch Uebertragung eines Theils der laufenden Ausgaben auf vorhandene Fonds, sowie auf die Anleihe für Marine- und andere Zwecke, ist es im Einverständnisse der Regierung mit dem Reichstage gelungen, die ursprünglich in Aussicht genommene Steigerung der Matrikularbeiträge von etwa 24 Millionen auf 7 Millionen Mark zu ermäßigen.

Nach dem Abschluß des Reichshaushalts-Stats wird der Reichstag vermutlich nur noch einige der dringendsten Aufgaben erledigen, namentlich den Landeshaushalts-Stat für Elsaß-Lothringen, die Vorlagen in Betreff der Ausgleichungs-Abgaben, sowie wegen Verhinderung von Seeunfällen und wo möglich das Patentgesetz. Dagegen werden die grundsätzlichen wichtigen Entwürfe in Betreff des Finanz- und Rechnungswesens des Reichs leider auch in dieser Session nicht zum Abschluß gebracht werden.

**Unser Kaiser** hat am Sonnabend (21.) Abend die Reise nach Wiesbaden angetreten und ist am Sonntag (22.) Vormittags dort eingetroffen und festlich empfangen worden. Die Großherzogin Luise von Baden erwartete dort bereits den kaiserlichen Vater.

Von Wiesbaden begibt sich Se. Majestät nach Karlsruhe, um dem am Sonntag (29.) stattfindenden 25 jährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs beizuwohnen. Am Montag (30.) erfolgt die Abreise zunächst nach Baden-Baden und von da am Dienstag (1. Mai) nach Elsaß-Lothringen. Seine Majestät gedenkt am 1. Nachmittags in Straßburg einzutreffen und dort bis zum 5. zu verweilen, dann über Hagenau, Bittsch u. s. w. nach Metz zu gehen, und daselbst einschließlich eines Ausflugs nach Diedenhofen bis zum 9. zu bleiben, um sodann über Saarbrücken, Homburg, Mannheim und Frankfurt nach Berlin zurückzukehren.

**Ihre Majestät die Kaiserin Augusta** ist am Mittwoch (25.) Abends von Berlin nach Koblenz gereist, um sich von dort gleichfalls zur Theilnahme an der Jubiläumssfeier nach Karlsruhe zu begeben.

**Der Besuch unseres Kronprinzlichen Paares in Hamburg** hat der Bürgerschaft der altherwürdigen und mächtigen Hansestadt Gelegenheit gegeben, ihre nationale Gesinnung in herzlich begeisterter Weise von Neuem zu bekunden.

Bei dem Festmahl, welches der Senat dem Kronprinzen (am 19.) gab, brachte der Bürgermeister Petersen das erste Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus, indem er die freudigen Dankesgefühle der Bevölkerung dafür aussprach, daß der Kaiser dem Sehnen nach einer festen und dauerhaften Grundlage eines wahrhaft nationalen Staates Befriedigung geschaffen habe.

»Wir haben sie nunmehr gefunden, sagte er, in dem heutigen Reich und in dem erhabenen Kaiserhause der Hohenzollern. Unter dem Schutze ihres mächtigen Scepters, unter dem Fittig ihres Reichsadlers werden unsere Flaggen sicher in allen Meeren wehen, dem Vaterlande zum Nutzen, dem Vaterlande zu Ehren. Mit solchem Gefühl sehen wir empor zu unserem Kaiser. Durch die Reorganisation des Meeres, seine eigenste Schöpfung, durch die Erschaffung der deutschen Flotte, welche ihre stolzen Wimpel in den fernsten Häfen des Ozeans entfaltet, hat Er, der Kaiser, die gewaltigen Werkzeuge gebildet, und als das Geschick ihn zum Kampfe drängte, in einem Kriege, dessen Größe, dessen Siege, dessen Erfolge in der Geschichte ihres Gleichen nicht finden, die Stufen zu dem Throne gelegt, auf welchem Ihn das Vertrauen, die Ehrfurcht, die dankbare Liebe des deutschen Volkes jubelnd begrüßten, auf dem schönsten Throne der Welt, Ihn, den würdigsten Mann! Heil unserem mächtigen und siegreichen, Heil unserem großherzigen und geliebten Kaiser.«

Hierauf brachte der Bürgermeister Dr. Kirchenpaur ein Hoch auf den Kronprinzen und zugleich ein Glückauf für den Prinzen Wilhelm auf der jüngst betretenen militärischen Laufbahn aus. Er schloß mit dem Ausdrucke des Wunsches und der Zuversicht, daß »immerdar wie heute, von Geschlecht zu Geschlecht, der Glanz des Waffenruhms, der den deutschen Kaiserthron umstrahlt, gepaart sein werde mit der Macht, der Kraft und der Weisheit, welche unserer Nation die Ruhe und den Frieden sichert.«

Der Kronprinz erwiderte dieses Hoch durch eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß es unvergessen bleiben werde, wie Hamburg in den Tagen großer Entscheidung dem Vaterlande seine Treue bewiesen habe.

»Wie es 1813 bei der Erhebung des Volkes zu den Ersten gehörte, welche das Joch der Fremdherrschaft brachen, so stand es wiederum in vorderster Reihe, als es die lange ersehnte Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zu bewirken galt. Ebenso unbestritten gebührt dieser Stadt der Ruhm, die Stellung Deutschlands im Welthandel an erster Stelle begründet zu haben. Ein kühner und glücklicher Vorkämpfer für deutschen Handel und Verkehr hat Hamburg die deutsche Industrie in alle Theile der Welt getragen und eine kommerzielle Geltung und Bedeutsamkeit erlangt, mit welcher keine einzige Stadt des Vaterlandes und nur einige wenige Städte Europas sich zu messen vermögen. Und dieser mächtige Handelsplatz, auf den wir alle mit stolzer Genugthuung blicken, erfreut sich eines trefflichen Gemeinwesens, eines Selbstgovernment, dem es gelungen ist, sich durch eine Reihe von großartigen Einrichtungen von Handel und Schifffahrt wie auf dem weiten Gebiete öffentlicher Wohlfahrt auf das Glänzendste zu bewähren. Ich trinke auf das Wohl dieser freien und Hansestadt, ihrer Bürgermeister, ihres Senates und ihrer Bürgerschaft mit dem innigen Wunsche, daß ihr wie dem ganzen Vaterlande in friedlicher Entwicklung eine glückliche Zukunft erblühen möge.«

Von Hamburg begab sich das Kronprinzliche Paar mit dem Prinzen Wilhelm nach Kiel, um der Einführung des Prinzen Heinrich in die Marine beizuwohnen. Bei derselben sprach der Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, folgende Worte:

»Se. Königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen ist das erste Glied unseres hohen Herrscherhauses, welches seine militärische Laufbahn in der Marine beginnt. Es gewährt mithin das lebendige Zeugniß, daß unser hoher Kriegsherr die Marine der siegeskräftigen und bewährten Armee ebenbürtig an die Seite zu setzen wünscht, und daß auch wir eine starke Waffe für den großen Beruf des Hauses Hohenzollern werden sollen. Ist die Armee in der Hand unseres Fürsten das Mittel der Einigung unseres Vaterlandes geworden, so dürfen wir hoffen, allen Deutschen, wie sie zu Millionen über die Erde zerstreut sind, die Produkte jener Einigung, die deutsche Kraft lebendig und belebend kundzugeben. Große Ziele werden uns damit gesteckt, aber auch große Pflichten auferlegt und damit unserer Entwicklung die schönste Zukunft gezeigt.«

Hieran knüpfte der Chef der Admiralität den Dank der Marine an den Kronprinzen, welcher derselben seinen Sohn zugeführt habe.

Der Kronprinz erwiderte: »Er übergebe den Sohn der jungen, sich noch entwickelnden Marine mit dem Vertrauen, daß derselbe zu ihrer Förderung beitragen und den Ruhm, den die Armee bereits erworben, wenn die Forderung an ihn heranträte, auch auf die Marine zu übertragen helfen würde.«